



Sabine Poschmann, MdB

Stellvertretende wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin
Beauftragte für den Mittelstand und das Handwerk
der SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 78494

Fax 030 227 – 76496

E-Mail: sabine.poschmann@bundestag.de

24. Januar 2019

PRESSEMITTEILUNG

Poschmann: Solidarität mit den Real-Beschäftigten Dortmunder Bundestagsabgeordnete kritisiert Tariffucht und Lohndumping

„Den Flächentarifvertrag zu verlassen, um gegenüber den Wettbewerbern Kosten zu sparen, ist der falsche Ansatz“, kritisiert die Dortmunder Bundestagsabgeordnete die Entscheidung der Metro-Tochter Real, sich aus der Tarifbindung mit verdi zurückzuziehen. „Seitdem sind die Bruttolöhne von neu eingestellten Beschäftigten um ca. 24% niedriger – bei gleichzeitiger Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 37,5 auf 40 Stunden“, erklärt Poschmann.

Die Zukunft der mehr als 30.000 Beschäftigten der Einzelhandelskette Real stehe auf dem Spiel. Dies betreffe auch die drei Filialen in Dortmund. Daher traf Poschmann am gestrigen Mittwoch den Betriebsratsvorsitzenden der Real-Filiale in Oespel, Holger Honings, weitere Betriebsräte von Real, u.a. aus der Filiale in Eving, sowie Karsten Rupprecht, zuständig für den Bereich Einzelhandel bei verdi Westfalen, um über die aktuelle Lage zu beraten.

„Die Ungleichbehandlung der Beschäftigten führt zu einer erheblichen Verschlechterung des Arbeitsklimas. Wir fürchten, dass es eine dauerhafte Absenkung der Löhne geben wird und der geplante Verkauf der Real-Märkte die Situation noch weiter verschärft“, zeigen sich Honings und Rupprecht besorgt.

Poschmann kritisiert die Pläne des Unternehmens scharf: „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen nicht länger als lästiger Kostenfaktor betrachtet werden. Von einem Käufer der Real-Einzelhandelskette erwarte ich, dass der verdi-Tarifvertrag für alle Beschäftigten dauerhaft angewandt wird.“

Bei Real zeige sich wieder einmal sehr deutlich, dass eine Erhöhung der Tarifbindung notwendig sei, folgert die Dortmunderin aus der aktuellen Situation. „Ich unterstütze den Vorschlag von Hubertus Heil, tarifgebundene Unternehmen bei Steuern oder öffentlichen Aufträgen besser zu stellen als nicht tarifgebundene Unternehmen.“

In der kommenden Woche wird die Abgeordnete die Lage bei Real auch mit Arbeitgebervertretern besprechen.